

Literatur

- [1] Burkard, Dominik: Staatspräsident Eugen Bolz (1881 – 1945) – zum 70. Jahrestag seiner Hinrichtung (mit unveröffentlichten Quellen). Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, Bd. 75 (2016), S. 291–337
- [2] Eugen Bolz: Zum 100. Geburtstag des früheren Staatspräsidenten und Ehrenbürgers der Stadt Rottenburg am Neckar. Gedenkfeiern am 15. Dezember 1981 in Rottenburg am Neckar. Stadt Rottenburg, 1981
- [3] Köhler, Joachim (Hrsg.): Christentum und Politik. Dokumente des Widerstands. Zum 40. Jahrestag der Hinrichtung des Zentrums politiklers und Staatspräsidenten Eugen Bolz am 23. Januar 1945. Thorbecke, Sigmaringen, 1985
- [4] Müller, Max: Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner. Schwabenverlag, Stuttgart, 1951
- [5] Raberg, Frank: Eugen Bolz. Zwischen Pflicht und Widerstand. Prägende Köpfe aus dem Südwesten, Bd. 3. DRW, Leinfelden, 2009
- [6] Sailer, Joachim: Eugen Bolz und die Krise des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik. Bibliotheca Academica. Tübingen, 1994
- [7] Sauer, Paul: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Süddeutsche Verlagsgesellschaft, Ulm, 1975

Impressum

Herausgeber: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Baden-Württemberg, Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
www.im.baden-wuerttemberg.de

Text: Hans-Joachim Albinus, Andreas Maier (Innenministerium B.-W.)

Abb. 1: Porträt Eugen Bolz 1928, Haus der Geschichte Baden-Württemberg,
Fotograf unbekannt

Abb. 2: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, Fotograf unbekannt

Abb. 3: Bundesarchiv, Fotograf unbekannt

Abb. 4: Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Abb. 5: Innenministerium, Foto Andreas Maier

© Innenministerium B.-W., 15. November 2016



Eugen Bolz

1881 – 1945
in memoriam



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION

Der Politiker, Minister und Staatspräsident Eugen Bolz

Eugen Anton Bolz wurde am 15. Dezember 1881 in Rottenburg am Neckar als zwölftes von dreizehn Kindern des Kolonialwarenhändlers Josef Bolz (1832 – 1899) und seiner Ehefrau Theresia Huber (1832 – 1918) geboren. Er entstammte einem frommen katholischen Elternhaus und stand daher der katholischen Soziallehre besonders nahe.

Nach seinem Jura-Studium in Tübingen, Bonn und Berlin, während dessen er verschiedenen katholischen Korporationen angehörte, und anschließender Referendariats- und Militärzeit begann Bolz im Juli 1909 mit 27 Jahren die Württembergische Beamtenlaufbahn bei der Ulmer Staatsanwaltschaft. Dort reiften bereits früh seine Pläne für eine politische Laufbahn, und so zog es ihn im Oktober 1910 nach Berlin, um an der Universität volkswirtschaftliche Vorlesungen zu hören und ein Kolleg zum Thema „Logik und Geschichte der Philosophie“ zu besuchen.

Nach Stuttgart zurückgekehrt, wurde Bolz im Februar 1911 als Assessor der Staatsanwaltschaft Stuttgart zugeteilt. Für die Zentrumspartei errang er im Januar 1912 im Wahlkreis Aalen – Neresheim – Ellwangen – Gaildorf einen beeindruckenden Sieg und zog in den Reichstag ein. Zudem gewann er im November 1912 das Landtags-

mandat für den Wahlbezirk Rottenburg. Wegen seiner Verpflichtungen in Berlin blieb Bolz als Landtagsabgeordneter zunächst im Hintergrund; außerdem nahm er als Frontoffizier am ersten Weltkrieg teil. Im Januar 1919 wurde Bolz Mitglied der Weimarer Nationalversammlung. Als im September 1919 die Stelle des Württembergischen Justizministers vakant wurde, schlug ihn der damalige Landgerichtsdirektor und spätere Landtagspräsident Karl Walter (1858 – 1930) für die Nachfolge vor, und Bolz wurde von Staatspräsident Wilhelm Blos (1849 – 1927) im Alter von 38 Jahren zum Justizminister ernannt. 1920 heiratete er Maria Hoeneß (1882 – 1948). 1923 wechselte er an die Spitze des Innenministeriums. Am 8. Juni 1928 wurde Eugen Bolz außerdem zum Staatspräsidenten von Württemberg gewählt als Nachfolger Wilhelm Bazilles (1874 – 1934). Das Innenressort mochte er nicht abgeben wegen der Gefahren von rechts und links.

Eugen Bolz stand als Innenminister Württembergs für eine Reihe wichtiger Initiativen, z. B. die Gründung der Landeskreditanstalt, die Förderung des Bausparens, die Bewältigung des steigenden Autoverkehrs, die Sicherung einer geregelten Energieversorgung, den Ausbau von Eisenbahnstrecken. Durch seine unbedingte Sparsamkeit und solide Finanzpolitik war er nicht überall beliebt. Gleich nach seinem Amtsantritt wurden elf Prozent der gesamten Beamenschaft abgebaut, eine Beförderungs- und Anstellungssperre ausgesprochen, Staatszuschüsse für Kirchen gekürzt und die Salinen in

Schwäbisch Hall und Sulz aufgehoben. In den folgenden Jahren konnte das Haushaltsvolumen reduziert und beim Machtwechsel im Jahre 1933 ein quasi schuldenfreies Land an die Nationalsozialisten übergeben werden. In der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 mit ihrer Massenarbeitslosigkeit ist es Bolz und seinen Mitarbeitern gelungen, die Arbeitslosigkeit in Württemberg auf dem niedrigsten Stand in ganz Deutschland zu halten. Heinrich Brüning hat in seiner Rede am 25. August 1931 in Stuttgart das Land Württemberg als Musterbeispiel für Staatsführung, Sparsamkeit und solide Finanzpolitik bezeichnet.

Bolz' Weg in den Widerstand

Nachdem am 8. März 1933 der NS-Reichsinnenminister auf Basis einer Notverordnung die Befugnisse der obersten Landesbehörde von Bolz übernommen hatte, wurde am 15. März 1933 der Nationalsozialist Wilhelm Murr (1888–1945) zum neuen Staatspräsidenten von Württemberg gewählt. Bolz blieb weiterhin Mitglied des Reichstags, unterstützte die Politik der Notverordnungen des Reichskanzlers Heinrich Brüning (1885–1970) und nahm zuletzt im Mai 1933 an einer Reichstagsitzung teil.

Bolz hatte zwar nach Kenntnis der Vorbereitungen zu Hitlers gescheitertem Putschversuch am 8. November 1923 in München die Verhaftung aller führenden württembergischen Nationalsozialisten und die polizeiliche Besetzung der NSDAP-Geschäftsstellen angeordnet, ging dann aber davon aus, dass der Nationalsozialismus bei guter polizeilicher Überwachung beherrschbar und keine Gefahr für die staatliche Ordnung sei. Bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 gewann die NSDAP die meisten Mandate, bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 die meisten Stimmen. Die Zentrumsparterie stimmte dennoch dem Ermächtigungsgesetz Hitlers, das die Entmachtung des Reichstags bewirkte, am 23. März 1933 zu, ein schwerer Fehler, der die Partei und den politischen Katholizismus eliminierte, was Bolz klar erkannte und ihn in Gewissenskonflikte stürzte.

Nach der Niederlegung seines Landtagsmandats am 3. Juni 1933 und der Rückkehr aus Berlin wurde Eugen Bolz am 19. Juni 1933 ins Polizeipräsidium Stuttgart, das frühere Hotel Silber in der Dorotheenstraße 10, vorgeladen. Seine Teilnahme am Parteitag der Christlichsozialen Partei Österreichs wurde als Vorwand genommen, ihn der Unterstützung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß (1892–1934) gegen die nationalsozialistische Bewegung dort zu bezichtigen. Nach von SA- und SS-Leuten inszenierten Demonstrationen gegen Bolz wurde er im Gefängnis auf dem Hohenasperg bei Ludwigsburg in „Schutzhaft“ genommen, aus der er am 12. Juli 1933 wieder entlassen wurde. Sein Ruhegehalt als



Abb. 2: Eugen Bolz (im Wagen mit Hut) am 19. Juni 1933 vor dem Polizeipräsidium Stuttgart.

Minister und Regierungschef wurde gestrichen. Er zog sich zur Rekonvaleszenz zuerst nach Beuron zurück und beschäftigte sich nach der Rückkehr nach Stuttgart als Privatmann mit staatsrechtlichen, staatsphilosophischen und politisch-sozialen Fragen. Daraus resultierte 1934 seine Schrift „Katholische Aktion und Politik“, in der er erstmals Gedanken des Widerstands aufgriff: „Bei offensichtlichem und dauerndem Missbrauch der Staatsgewalt besteht ein Notwehrrecht des Volkes.“ Die Konkordatspolitik Papst Pius' XII. hielt er für falsch, da sie zum Untergang des politischen Katholizismus führte. 1935 wurde Bolz Teilhaber der Deckensteinfabrik C. H. Bauer in Stuttgart. Die selbständige Tätigkeit sicherte einerseits das Auskommen der Familie und ermöglichte andererseits durch Geschäftsreisen unauffällige Kontakte zu Gegnern des NS-Staats, mit denen Bolz Möglichkeiten des Widerstands sondierte. Anfang 1942 kam über die christlichen Gewerkschaften die Begegnung mit Carl Friedrich Goerdeler (1884 – 1945) zustande, ehemals Oberbürgermeister von Leipzig, der enge Beziehungen zum Stuttgarter Bosch-Kreis unterhielt, in dem mehrere den

Nationalsozialismus ablehnende Mitarbeiter des Unternehmens vereinigt waren. Durch Goerdeler wurde Bolz bereits frühzeitig in Attentatspläne eingeweiht; er stand später als Kultusminister auf der Liste einer künftigen Reichsregierung; auch als Innenminister war er zuvor im Gespräch. Als Christ lehnte Bolz jedoch aus Gewissensgründen eine Tötung Hitlers ab und hielt eine Verhaftung für ausreichend. Er beschäftigte sich daher vorrangig mit Konzepten für einen Neuaufbau Deutschlands nach dem Ende des Nationalsozialismus. Er ging davon aus, dass der am 1. September 1939 von Hitler begonnene 2. Weltkrieg nicht gewonnen werden könne und bald beendet sein würde, weil er größeren Widerstand seitens der militärischen Führung erwartete. Vergeblich versuchte er noch 1944, den renommierten Generalfeldmarschall Erwin Rommel (1891 – 1944) dafür zu gewinnen. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944 kam Eugen Bolz durch Denunziation ebenfalls ins Visier der NS-Justiz. Den Rat seiner Freunde, ins Ausland zu gehen, hatte er zuvor in Verkennung der Gefahr und aus Sorge

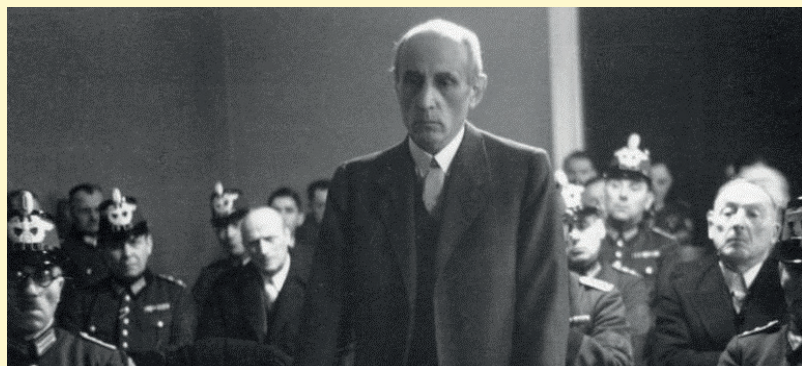


Abb. 3: Eugen Bolz vor dem Volksgerichtshof, Dezember 1944.

um seine Familie abgelehnt. Am 12. August 1944 wurde Bolz von der Gestapo verhaftet und kam zunächst ins Amtsgerichtsgefängnis Stuttgart, ehe er am 27. August 1944 in das überfüllte Gefängnis des Reichssicherheitshauptamtes nach Berlin verlegt wurde. Am 21. Dezember 1944 wurde der durch Verhöre und Folter körperlich und seelisch gepeinigete Bolz durch den ersten Senat des Volksgerichtshofes unter dem Vorsitz von Roland Freisler (1893 – 1945) wegen Aufforderung zum Hochverrat und Feindbegünstigung zum Tode verurteilt. Am 23. Januar 1945, dreieinhalb Monate vor Ende des zweiten Weltkriegs, wurde Eugen Bolz durch das

Fallbeil in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Auf persönlichen Befehl Hitlers wurde allen Inhaftierten aus dem Umfeld des 20. Juli geistlich-religiöser Beistand untersagt; der Leichnam wurde verbrannt, die Asche verstreut. Er hinterließ seine Frau und eine Tochter.

Gedenken an Eugen Bolz

Als im September 1945 eine provisorische Regierung Württembergs unter Reinhold Maier (1889 – 1971; Wirtschaftsminister im Kabinett Bolz 1930 – 1933) gebildet wurde, stellte Maier in seiner Rede Bolz als Vorbild heraus. Das politische Lebenswerk Bolz' bot dem demokratischen Neubeginn nach 1945 viele Bezugspunkte für den Aufbau einer neuen Staatlichkeit noch während der Besatzungszeit.

1946 wurde in Stuttgart die Ludendorff-Straße am ehemaligen Bahnhofsgebäude (heute Kino „Metropol“) nach Eugen Bolz benannt. Am „Königsbau“ in der Bolzstraße wurde am 15. März 1993 zum 60. Jahrestag der Ablösung Bolz' als Regierungschef und Innenminister ein Bronzerelief des Österreichischen Künstlers Alfred Hrdlicka (1928 – 2009) enthüllt, der schon den „Plötzenseer Totentanz“ geschaffen hatte. An den drei wesentlichen Wirkungsstätten Bolz' in Stuttgart gibt es Gedenkbüsten (Landtag, Innenministerium und Staatsministerium).

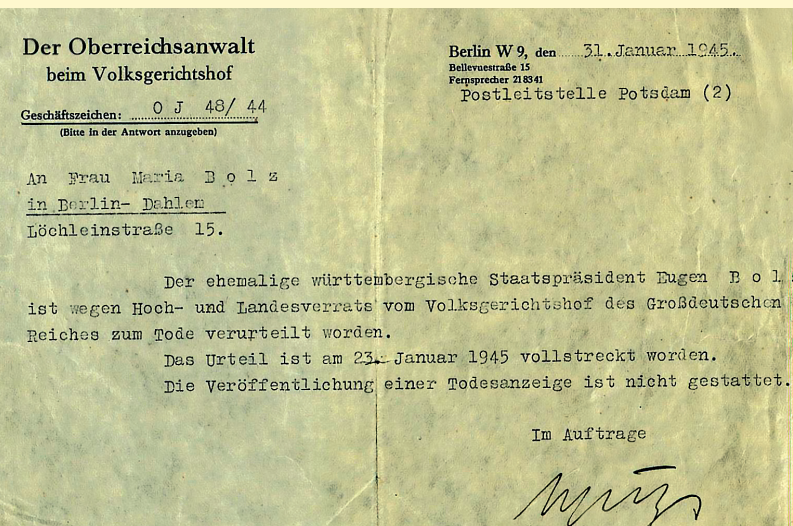


Abb. 4: Schreiben des Oberreichsanwalts an die Witwe Maria Bolz zum Vollzug des Todesurteils.

Erinnerung und Mahnung

Auch Bolz hatte anfangs die Gefahren des Nationalsozialismus unterschätzt; auch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933 als dem vermeintlich kleineren Übel war ein schwerer Fehler, den Bolz jedoch bald erkannte und durch sein weiteres Handeln zu korrigieren versuchte. Dieser dem Gemeinwohl verpflichteten Haltung und der Überzeugung zum Widerstand gegen das Unrecht blieb er dann bis zum Ende treu; Opportunismus war ihm fremd. Bolz ist uns somit ein Vorbild, die eigene Haltung kritisch zu hinterfragen und zu versuchen, Fehler wiedergutzumachen, und eine Mahnung, undemokratischen Entwicklungen in ihren Anfängen zu wehren, solange dies noch einfach und wirksam möglich ist.



Abb. 5: Büste Eugen Bolz von Olga Waldschmidt (1898–1972) von 1958.

Die Büste von Eugen Bolz im Atrium 1 des Ministeriumsgebäudes Willy-Brandt-Straße 41 wurde von der Stuttgarter Malerin, Graphikerin und Bildhauerin Olga Waldschmidt (1898 – 1972) entworfen, deren Spezialgebiet Bronzefiguren und Kopfbüsten waren. Nach ihrer Ausbildung an der Akademie der bildenden Künste Stuttgart (u. a. bei Adolf Hölzel) war sie in vielen Ausstellungen vertreten; Werke von ihr befinden sich auch im Kunstmuseum Stuttgart sowie in der Staatsgalerie Stuttgart (Sammlung Borst, Graphische Sammlung). Viele Jahre setzte sich Olga Waldschmidt verbandspolitisch für die Belange der Künstler ein; sie war u. a. Vorstandsmitglied der GEDOK Stuttgart.

Die Büste entstand 1958 und wurde vom Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Gebhard Müller (1900 – 1990) bei der Einweihung des ehemaligen Gebäudes des Innenministeriums in der Dorotheenstraße 6 übergeben. Das Innenministerium Baden-Württemberg erinnert mit der Aufstellung der Büste auch an seine demokratische Tradition vor 1933 unter Eugen Bolz. Die Skulptur ist für Besucher frei zugänglich und kann zu den üblichen Öffnungszeiten besichtigt werden.

1949 wurde der Eugen-Bolz-Verein – seit 2007 Eugen-Bolz-Stiftung – gegründet, um das Andenken an Bolz zu bewahren; die Stiftung vergibt den Eugen-Bolz-Preis. Daneben gibt es als Studien- und Bildungswerk seit 1970 die Studienstiftung Eugen Bolz.